



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

70. Sitzung (öffentlicher Teil) ^{*)}

7. April 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:10 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gesetz über die Sicherheit in Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen (Hafenanlagensicherheitsgesetz - HaSiG) | 1 |
|----------|---|----------|

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6461
Vorlage 13/3251
Zuschrift 13/4788

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Berichterstatte(r)in: Brigitte Herrmann (GRÜNE)

^{*)} Nichtöffentlicher Teil siehe APr 13/1518

2 Gesetz zur besseren Bekämpfung von Kriminalität in Nordrhein-Westfalen (Kriminalitätsbekämpfungsgesetz - KBG NRW) 1

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6587
Zuschrift 13/4852 und 13/4863

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Berichterstatter: Hans-Peter Meinecke (SPD)

3 Für eine bürgernahe Polizei in NRW 4

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6493
Vorlage 13/3156

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der CDU-Fraktion ab.

4 DNA-Analyse bei allen Straftaten ermöglichen - Erkennungsdienstliche Maßnahmen des 21. Jahrhunderts zur Aufklärung von Straftaten einsetzen 5

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6495

Mit den Stimmen der SPD-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Rechtsausschuss, den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen.

- 5 Das Kindeswohl muss Vorrang haben - Rücknahme der Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention - Minderjährige Flüchtlinge im Sinne der Kindesrechtskonvention behandeln** 6

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 13/6213 (Neudruck)

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der FDP-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion stimmt der Ausschuss dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen Drucksache 13/6278 in geänderter Fassung zu.

- 6 Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen "Konzentration und Erneuerung - die Politik der Landesregierung in der 13. Wahlperiode"** 8

Unterrichtung durch die Landesregierung

- zur Beratung -

Drucksache 13/6660

Information 13/1175

Der Ausschuss nimmt den Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen "Konzentration und Erneuerung - die Politik der Landesregierung der 13. Wahlperiode" zur Kenntnis.

- 7 Polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen 2004** 8

Vorlage 13/6261

Der Ausschuss berät über die polizeiliche Kriminalstatistik Nordrhein-Westfalen 2004.

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Sicherheit in Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen (Hafenanlagensicherheitsgesetz - HaSiG)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/6461
Vorlage 13/3251
Zuschrift 13/4788

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Klaus Stallmann teilt mit, der zur Mitberatung aufgerufene Verkehrsausschuss habe sich in seiner Sitzung am 10. März 2005 darauf verständigt, kein Votum abzugeben.

Karl Kress (CDU) nimmt Bezug auf die bereits stattgefundenen Beratungen zu diesem Gesetzentwurf, in denen nach Ansicht seiner Fraktion deutlich geworden sei, dass es bezüglich der Sicherheit in Hafenanlagen noch eine Reihe offener Fragen gebe. Diesbezüglich verweise er insbesondere auf die Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände. Vor diesem Hintergrund werde seine Fraktion den Gesetzentwurf der Landesregierung ablehnen.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) weist darauf hin, dass die seitens des Ausschusses gestellten Fragen weitestgehend beantwortet worden seien. Insofern sollte heute über diesen Gesetzentwurf eine Abstimmung erfolgen, bei der ihre Fraktion dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen werde.

Mit den Stimmen der SPD- und GRÜNEN-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion empfiehlt der **Ausschuss** dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

Berichterstatterin: Brigitte Herrmann (GRÜNE)

2 **Gesetz zur besseren Bekämpfung von Kriminalität in Nordrhein-Westfalen (Kriminalitätsbekämpfungsgesetz - KBG NRW)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/6587
Zuschrift 13/4852 und 13/4863

- Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen